

Der Euro macht Europa stark

von EUD-Generalsekretär Christian Moos

Abgesänge auf den Euro sind fehl am Platze. Der Euro wird bleiben. Denn der Euro ist eine stabile, eine starke Währung. Eine Krise des Euro gibt es nicht. Die Krise ist eine Krise des Weltfinanzmarkts und der Banken. Erst die Krise der Banken und das Platzen von Spekulationsblasen an den Immobilienmärkten hat die hohen Staatsschulden, die in praktisch allen alten Industrie- und Wohlfahrtsstaaten seit langem ein Problem darstellen, vollends aus dem Ruder laufen lassen. Wenn der Euro also scheitert, dann gibt es andere Ursachen als eine schwache oder instabile Währung.

Seit der Euro-Einführung hat es in Deutschland weniger Preisteuerung (Inflation) gegeben als im davor liegenden Vergleichszeitraum. Im Außenwert behauptet sich der Euro besser gegenüber dem US-Dollar als die Deutsche Mark. Der Euro hat das Potential, eine alternative Weltreservewährung zu werden. Internationale Geschäfte werden auch außerhalb Europas mehr und mehr in Euro abgewickelt und verrechnet. Den Euro nutzen auch Nicht-EU-Mitglieder und eine ganze Reihe afrikanischer Staaten.

China erwog vor der Weltfinanzkrise, zumindest einen Teil seiner gigantischen Devisenreserven in die europäische Gemeinschaftswährung umzuschichten. Neben dem US-Dollar und in Ostasien dem Renminbi tritt zunehmend der Euro als potentielle Weltclearingwährung auf, als Geldeinheit also, in der zum Beispiel Rohstoffe gehandelt werden. Der Euro macht Europa stark.

Seit 1999 haben wir nun eine gemeinsame Währung in Europa. 2002 wurde der Euro als Bargeld eingeführt. Das ist noch keine lange Zeit. Der Euro ist noch nicht einmal volljährig. Gleichwohl hat seine noch junge Geschichte eine relativ lange Vorgeschichte. Die deutsche Wiedervereinigung und die Sorge der europäischen Nachbarn vor einem zu starken Land in der Mitte Europas waren wichtige Geburtshelfer des Euro. Die Idee war aber älter als das Ende der Teilung Europas, sie war inmitten des Kalten Krieges entstanden.

Anfang der 1970er Jahre schon gab es den Versuch, eine Währungsunion in der Europäischen Gemeinschaft zu schaffen. Er scheiterte damals an dem Ende des damaligen Weltwährungssystems, das mit dem Namen von Bretton Woods verbunden ist und den goldgebundenen US-Dollar als Leitwährung vorsah. Der so genannte Werner-Plan, benannt nach dem damaligen Luxemburger Premierminister, misslang auch wegen der ersten Ölkrise in Folge des nahöstlichen Yom-Kippur-Kriegs. Die Wechselkurse der europäischen Währungen ließen sich nicht mehr innerhalb der für eine Währungsunion notwendigen Bandbreiten halten.

Nicht alle EU-Staaten nehmen an der heutigen Währungsunion teil. Gegenwärtig gehören der Eurozone 17 (bald 18) Länder an. Weitere europäische Staaten haben ihre Währungen über den so genannten Wechselkursmechanismus eng an den Euro gebunden. Auf- und Abwertungen sind nur begrenzt möglich. Was manchmal vergessen wird: Alle bis auf zwei der 27 EU-Staaten sind verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald sie die Kriterien für ihre Aufnahme in die Währungsunion erfüllen. Nur Dänemark und Großbritannien haben ein



dauerhaftes Opt-out. So nennt man das Recht, einen europäischen Integrationsschritt nicht mitzugehen.

Die gemeinsame Währung hat wichtige Vorteile für die Länder, die an ihr teilhaben. Die wirtschaftliche Entwicklung hängt nicht mehr so sehr an Wechselkursschwankungen wie zu Zeiten der vielen nationalen Währungen in Europa. Das ist besonders günstig für die Unternehmen, die Waren und Dienstleistungen in ganz Europa anbieten wollen. Für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet der Euro, dass sie in weiten Teilen Europas reisen können, ohne Zeit und Geld durch den Kauf einer Fremdwährung zu verlieren. Der Preis von Waren und Dienstleistungen kann grenzübergreifend verglichen werden.

Die gemeinsame Währung stellt in Europa ein sehr weitreichendes Integrationsmoment dar. Ihre Väter, nicht zuletzt Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl, hatten erwartet, dass sie in eine politische Union münden würde. In den ersten Jahren, dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, mag es zunächst nicht so erschienen sein, als erfülle sich diese Erwartung. Heute aber zeichnet sich ab, dass Europa vor allem dann in der Krise scheitern und zerbrechen wird – mit all den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen –, wenn es nicht einen größeren Integrationssprung wagt.

Auch wenn der deutsche Boulevard und Populisten anderes verlauten lassen: Die Europäische Zentralbank und ihr Präsident Mario Draghi handeln in großem Verantwortungsbewusstsein. Der EZB ist zu verdanken, dass der Bankenmarkt und damit der Geld- und Wirtschaftskreislauf in Europa nicht kollabiert ist. Inflation ist trotz Unkenrufen nicht in Sicht.

Der Euro zwingt die Europäer zu Anstrengungen, zu harten Reformen, die überall den gleichen Leitlinien folgen. Ob die von den Staats- und Regierungschefs, der EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds verschriebene Medizin richtig dosiert ist, ist eine andere Frage. Immerhin: Die Reformen sollen ein Wechsel auf eine Zukunft sein, in der es wieder mehr positive Wirtschaftsdynamik, gesündere Staatshaushalte und weniger Arbeits- und Hoffnungslosigkeit in Europa geben soll.

Letztlich wird sich nicht am Euro entscheiden, ob Europa und die Welt in den kommenden Jahren wieder zu größerer Stabilität finden. Vielmehr wird es entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, die Finanzmärkte so zu reformieren, dass sich Krisen wie die gegenwärtige so bald nicht wiederholen können. Und für die Europäer gilt, dass sie zusammenhalten, gemeinsame Regeln beachten und miteinander Solidarität üben müssen, wenn sie im 21. Jahrhundert, von dem es heißt, dass es ein asiatisches sein werde, bestehen wollen. Nur Uneinigkeit macht Europa schwach. Der Euro macht Europa stark.

Dieser Beitrag ist auch im Sonderheft der Europäischen Polizei Union (EPU) zur Geschichte des Euro, herausgegeben von der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), erschienen.